

Brüssel Aktuell 10/2017

10. bis 17. März 2017

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilfenrecht I: Deutsche Netzreserve mit Binnenmarkt vereinbar

Am 20. Dezember genehmigte die Kommission die von Deutschland geplante [Netzreserve](#) (siehe Brief der GD Wettbewerb an die Bundesrepublik, SA.42955; siehe Brüssel Aktuell 20/2015). Diese bildet eine Maßnahme zur Versorgungssicherheit im süddeutschen Raum und ist zunächst auf vier Jahre ausgelegt...

Beihilfenrecht II: EuGH verweist Verfahren zum niederländischen Wohnungsbau zurück

Mit seiner Entscheidung vom 15. März, Az.: [C-414/15 P](#), verwies der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ein Verfahren über die Binnenmarkt-Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen für Wohnungsbaugesellschaften in den Niederlanden an das Gericht der Europäischen Union (EuG) zurück...

Arbeitsrecht: EuGH zum Verbot der Zurschaustellung religiöser Überzeugungen

In seiner Entscheidung vom 14. März, Az.: [C-157/15](#), konkretisierte der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) die Voraussetzungen eines arbeitsrechtlichen Verbots der sichtbaren Zurschaustellung religiöser Überzeugungen, in diesem Fall eines islamischen Kopftuches. Der EuGH stellt zunächst klar, dass eine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung einer bestimmten Religion oder Weltanschauung nach Art. 9 der [EMRK](#) und Art. 10 Abs. 1 der [Grundrechtecharta](#) der EU unzulässig ist...

Mehrwähriger Finanzrahmen: Einigung im Rat zur Aufstockung

Nach langwierigen Verhandlungen [einigten](#) sich die Mitgliedsländer am 7. März im Rat auf eine Anpassung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR, siehe Dokument „Ergebnisse der Ratstagung“) im Rahmen der Halbzeitbewertung. Einer Mittelaufstockung um 6,01 Mrd. € für die Jahre 2017 bis 2020 wurde zugestimmt...

Feuerwaffenrichtlinie: Parlament nimmt Änderung an

Am 14. März nahm das Parlament den [Kompromissvorschlag](#) zur Änderung der Feuerwaffenrichtlinie ([91/477/EWG](#)) an (siehe Brüssel Aktuell 4/2017). Die überarbeitete Richtlinie sieht unter anderem strengere Kontrollen für sogenannte unscharfe Waffen, die nach einem Umbau für die Verwendung mit scharfer Munition geeignet wären, und für halbautomatische Schusswaffen mit Hochkapazitätsmagazinen vor...

Umwelt, Energie und Verkehr

Kreislaufwirtschaft: Parlamentsbeschlüsse zu den Vorschlägen der Kommission

Das Europäische Parlament beschloss am 14. März Änderungen an den Legislativvorschlägen der Kommission zur Änderung der Richtlinien über [Abfälle](#), über [Verpackungen und Verpackungsabfälle](#), über [Abfalldeponien](#) und über [Altfahrzeuge, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2017). Für Kommunen sind die Änderungen bei der Definition von Siedlungsabfällen, der Berechnung des Abfallaufkommens und die Erhöhung der Recyclingquoten besonders interessant...

Umweltrecht: Fahrplan zur besseren Einhaltung der Umweltvorschriften

Am 15. Februar veröffentlichte die EU-Kommission einen [Fahrplan](#) für die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Sicherstellung der Einhaltung des EU-Umweltrechts. Ziel ist, Leitlinien zur Förderung, Überwachung und Sicherstellung der Einhaltung des Umweltrechts vorzugeben...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Agrarpolitik: Rat diskutiert über Zukunft der GAP nach 2020

Am 6. März [diskutierten](#) die europäischen Agrarminister im Rat über die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP; siehe „Ergebnisse der Ratstagung“). Die maltesische Ratspräsidentschaft hatte zuvor in einem [Orientierungspapier](#) die zukünftigen Schwerpunkte skizziert und die Frage nach der Ausgestaltung der Säulen der GAP gestellt. Übereinstimmung gab es bei der Forderung nach einer deutlichen Vereinfachung des Fördersystems und der grundsätzlichen Beibehaltung der Säulenstruktur...

Soziales, Bildung und Kultur

Arbeits- und Sozialpolitik: Vorabentscheidung des EuGH zum Begriff der Behinderung

Mit Urteil vom 1. Dezember 2016, Az.: [C-395/15](#), hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) über die Auslegung des Begriffes der Behinderung in [Richtlinie 2000/78/EG](#) entschieden. Der EuGH musste prüfen, ob eine längerfristige Verletzung, die zur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit führt, eine Behinderung darstellt...

Europa für Bürgerinnen und Bürger: Parlament fordert Aufstockung

Am 2. März nahm das EU-Parlament eine [EntschlieÙung](#) zur Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ an (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2017). Die Wirkung des Programmes sei verhältnismäßig hoch und insbesondere im Bereich der Städtepartnerschaften ein voller Erfolg. Aus diesen Gründen fordert das Plenum des EU-Parlamentes eine Aufstockung des Budgets auf 500 Mio. € im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen...

Kreatives Europa: Erwartungen des Parlaments

Das Parlament fordert in einer [EntschlieÙung](#) im Rahmen der Halbzeitbewertung des Programms [Kreatives Europa](#) (vgl. Brüssel Aktuell 3/2017) eine signifikante Erhöhung des zur Verfügung stehenden Budgets, um so eine höhere Effizienz und bessere Ergebnisse des gesamten Programms zu erzielen. Zudem plädiert das Parlament für eine Vereinfachung des administrativen und regulatorischen Prozederes, um eine Antragstellung auch für kleine Kulturakteure zu erleichtern...

Kontrolle der Außengrenzen: Rat beschließt verstärkten Dokumentenabgleich

Am 7. März [nahm](#) der Rat in erster Lesung die [Parlamentsentschließung](#) zum [Verordnungsvorschlag](#) über eine Änderung der Verordnung (EU) Nr. [562/2006](#) (sog. „Schengener Grenzkodex“) hinsichtlich eines verstärkten Abgleichs mit einschlägigen Datenbanken an den Außengrenzen des Schengen-Raums (vgl. Brüssel Aktuell 1/2016) an. Zu letzteren zählen u. a. das [Schengen Information System](#) (SIS) und die Interpol-Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente (SLTD)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Zukunft der EU I: Plenum verabschiedet mehrere Entschlüsse

Am 16. Februar – bereits vor dem Weißbuch der Kommission (vgl. Brüssel Aktuell 8/2017) – nahm das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit eine [Entschlüsselung](#) „über mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der EU“ an. Darin sind auch Reformansätze enthalten, die Vertragsänderungen erfordern würden. Das Parlament fordert u. a., grundsätzlich das ordentliche Gesetzgebungsverfahren anzuwenden und zusätzlich Rat und Parlament ein Initiativrecht zu gewähren. Umgestaltungen der EU-Institutionen (Rat der Staaten, ein Parlamentssitz) werden ebenfalls befürwortet. Zudem sehen die Abgeordneten Weiterentwicklungen in mehreren Politikfeldern und mehr Handhabe bei Verstößen gegen gemeinsame Grundwerte als wichtig an. Zwei weitere Parlamentsentschlüsse vertiefen die Reformmöglichkeiten des bestehenden EU-Systems...

Zukunft der EU II: Aussprache der EU-Abgeordneten mit Juncker und Tusk

Am 15. März fand eine [Aussprache](#) des Europäischen Parlaments mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (LU) und Ratspräsident Donald Tusk (PL) zur Zukunft der EU statt. Beide Präsidenten machten dabei deutlich, dass die Diskussion nicht auf ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ (vgl. Szenario 3 des [Weißbuchs](#) der EU-Kommission, vgl. Brüssel Aktuell 8/2017) verkürzt werden dürfe...

Europäischer Rat: Donald Tusk als Präsident wiedergewählt

Gegen den heftigen Widerstand seines Heimatlandes haben die Staats- und Regierungschefs am 9. März den bisherigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk (EVP) aus Polen [wiedergewählt](#) (Brüssel Aktuell 44/2014). Mit 27 zu 1 Stimmen bleibt Tusk für weitere zweieinhalb Jahre Leiter des Gremiums der Staats- und Regierungschefs...

In eigener Sache

Europabüro der bayerischen Kommunen: Leitungswechsel und neue Webseite

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell, nachdem die bisherige Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen, Frau Natalie Schweizer beruflich und privat wieder nach München zurückgekehrt ist, hat ab Februar Frau Christiane Thömmes die Leitung des Europabüros der bayerischen Kommunen (EBBK) und der Bürogemeinschaft übernommen...